

Drohkulisse gegen den Iran und Desinformation wie vor dem Irakkrieg

Wo führt das hin?

„Moslem-Fundamentalisten bedrohen den Weltfrieden.“

Bild am Sonntag, 5.2.2006

„Der Iran hat mutwillig die ‚roten Linien‘ überschritten.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel, 4.2.2006

„Das Risiko einer militärischen Intervention könnte zwar Opfer in Größenordnungen des Ersten und Zweiten Weltkriegs mit sich bringen, doch der Triumph des islamistischen Terrors würde an Grässlichkeit alles überbieten, was uns die Weltgeschichte vermittelte.“

Die Welt, Lord Weidenfeld, 25.1.2006

„Wie kommt unser Öl unter deren Sand?“

Plakat auf einer Demonstration in den USA, 15.2.2003

Derzeit erleben wir unter der Fahne demokratischer und freiheitlicher Werte eine Mobilmachung gegen den Iran, gegen Muslime und die arabische Welt. Diese Kampagne ist geprägt von Doppelmoral und von Interessen, die sehr wenig mit Demokratie und Freiheit zu tun haben.

Iran und seine Atompolitik

Als Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages hat der Iran das Recht, Uran im eigenen Land zu fördern, umzuwandeln, anzureichern und zu Brennelementen zu verarbeiten. Darüber hinaus hat er Anspruch auf internationale Unterstützung durch die übrigen Vertragspartner. Gerade diese Garantie der so genannten friedlichen Nutzung der Atomenergie war eine wesentliche Vorbedingung für das Zustandekommen des Vertrages.

Die US-Regierung und andere westliche Staaten behaupten, dass der iranische Staat seine Atomanlagen insgeheim zur Herstellung von waffenfähigem Uran nutze und damit gegen den Atomwaffensperrvertrag verstoße. Bislang konnte dem Iran kein gravierender Verstoß gegen diesen Vertrag nachgewiesen werden, und die Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde haben in iranischen Atomanlagen keinen Hinweis darauf gefunden, dass Atomwaffen entwickelt werden. Die iranische Regierung selbst gibt an, Atomkraft zur Stromerzeugung nutzen zu wollen.

Kompromissvorschlag der EU-Drei

Im Herbst 2004 stellte die iranische Regierung vor dem Hintergrund der fortschreitenden Eskalation ihre Uranumwandlung ein, um mit den EU-Drei Großbritannien, Frankreich und Deutschland über eine Lösung des Konflikts zu verhandeln.

Der Vorschlag der EU-Drei sah den endgültigen Verzicht des Iran auf Urananreicherung vor. Auf das Recht, den Atomwaffensperrvertrag zu kündigen, sollte der Iran ebenfalls verzichten. Gleichzeitig war die von dem Iran als Gegenleistung geforderte Garantie, dass USA und Israel den Iran nicht angreifen, nicht vorgesehen. Auch bezüglich anderer Forderungen des Iran wie Aufhebung von Handelsdiskriminierungen, Aufnahme in die Welthandelsorganisation und Ersatzteillieferungen für die iranische Zivilluftfahrt blieb der Vorschlag unverbindlich.

Das Scheitern der Verhandlungen war damit vorprogrammiert und lieferte der US-Regie-

rung einen Vorwand für ihre Behauptung, dass internationale Wirtschaftssanktionen oder gar ein Krieg gegen Iran richtig und alternativlos seien.

Politik der doppelten Standards

Während der Iran mit erhobenem Zeigefinger vor dem Bau der Atombombe gewarnt wird, missachten andere Unterzeichner die Grundsätze des Atomwaffensperrvertrags. Die Atommächte haben sich in diesem Vertrag verpflichtet, ihre eigenen Atomwaffen vollständig abzurüsten. Doch sie weigern sich seit 1968, Verhandlungen zur vollständigen nuklearen Abrüstung zu führen.

Israel ist die mit Abstand stärkste militärische Macht im Nahen und Mittleren Osten, besitzt als einzige Atommacht der Region mehrere hundert Atomsprengköpfe, hat den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet und wird trotzdem vom Westen unterstützt, auch militärisch.

Kriegsvorbereitung in den Köpfen

„Die Mullahs bauen die Bombe“, „Die Mullahs bedrohen Israel“, „Die Mullahs könnten auch Europa angreifen“ ist in der Bild-Zeitung zu lesen. Andere Medien und auch die meisten Politiker und Politikerinnen formulieren ihre Thesen über den Iran weniger reißerisch, aber mit dem gleichen Inhalt.

Symptomatisch für das Schüren antiislamischer Vorurteile ist der Karikaturenstreit: Jyllands-Posten, Dänemarks auflagenstärkste Zeitung und ein Sprachrohr des nationalkonservativen Lagers, ließ eine Reihe von Karikaturisten den Propheten Mohammed zeichnen und veröffentlichte sie. Es geschah zunächst nichts. Erst als die Zeitung bei Imamen anrief, die als radikal bekannt waren, kamen die erhofften ablehnenden Reaktionen.

Als daraufhin muslimische Organisationen, Botschaften arabischer Länder und 22 ehemalige dänische Botschafter bei der dänischen Regierung um Gespräche zur Glättung der Wogen anfragten, wurden diese kategorisch

abgelehnt. Erst danach, drei Monate später, eskalierte die Situation. Es ist offensichtlich, dass weniger die Karikaturen und die Frage der Pressefreiheit die Eskalation verursachten. Der Karikaturenstreit wurde zum Ventil für den Protest gegen die Arroganz der westlichen Welt, gegen ihre Angriffskriege in Afghanistan und Irak und gegen die Besatzung Palästinas.

Situation des Iran

Der Iran mit seinen 70 Millionen Einwohnern, davon zwei Drittel unter 30 Jahren, ist ein Land mit großen inneren Widersprüchen. Doch die Haltung des iranischen Präsidenten Ahmadinejad gegen die US-amerikanische Einmischung und sein Festhalten an einem zivilen Atomprogramm werden von der großen Mehrheit der Bevölkerung geteilt.

Die USA lassen seit vielen Jahrzehnten nichts unversucht, ein US-freundliches Regime in Teheran zu installieren. Anfang der 50er Jahre wurde von den USA die demokratisch gewählte Regierung von Dr. Mossadegh gestürzt. Der Schah kehrte zurück an die Spitze des Iran und regierte 25 Jahre das Land mit eiserner Faust und zum Nutzen der US-Ölgesellschaften. 1979 stürzte die iranische Bevölkerung unter großen Verlusten den Schah und seine Tyrannei. In den letzten 27 Jahren haben US-Sanktionen das Recht des Iran auf Entwicklung schwer beeinträchtigt.

Der Iran ist inzwischen umzingelt von US-Militärbasen. Die USA führten in den letzten Jahren zwei Angriffskriege gegen die Nachbarländer Afghanistan und Irak.

Interessen der USA

Die Kriegsdrohungen der USA verfolgen mehrere Ziele: In erster Linie geht es um die Schaffung eines geostrategischen Großraums im Mittleren Osten unter der Hegemonie der USA. Nach Afghanistan und dem Irak ist der Iran das größte Hindernis zur Kontrolle über die Öl- und Gasvorkommen der Region. Nicht zuletzt die Ankündigung des Iran, eine Ölbörse auf Basis des Euro einzurichten, wird von

den USA als Angriff auf ihre Hegemonie angesehen. Denn die auf Dollar basierende Weltwirtschaft ermöglicht den USA bislang eine indirekte Besteuerung aller Transaktionen.

Darüber hinaus soll der Iran durch eine Zerstörung der Atomanlagen in seiner atomaren Entwicklung um viele Jahre zurückgeworfen werden. Dies soll einen Präzedenzfall für eine Neuinterpretation des Atomwaffensperrvertrages schaffen, um die Urananreicherung ausschließlich unter der Kontrolle der fünf legalen Atommächte zuzulassen und damit deren weltweite militärische Vorherrschaft zu festigen.

Die innen- und außenpolitische Lage der USA ist geprägt von einer sich verschärfenden Krise, von einer ausweglosen Situation im Irak und von großer Unzufriedenheit innerhalb der USA. Die Mobilisierung gegen einen äußeren Feind durch rassistische und antiislamische Stimmungsmache ist der Versuch die Kräfte zu bündeln und andere Widersprüche zu unterdrücken.

Interessen Deutschlands und Europas

Von der Opposition Deutschlands und Frankreichs gegen den Irakkrieg ist nichts übrig geblieben: Deutsche Geheimdienste sind tief in diesen Konflikt verstrickt. Der US-Armee wurden und werden die Überflugrechte und die Nutzung ihrer Basen auf deutschem Gebiet gestattet. Die Bundeswehr entlastet weltweit und insbesondere in Afghanistan die US-Armee für deren Einsatz im Irak.

Bundeskanzlerin Merkel und auch der französische Präsident Chirac haben in diversen Stellungnahmen deutlich gemacht, dass sie bei einer Aggression gegen den Iran an der Seite der USA stehen. Trotz deutlicher, insbesondere ökonomischer Interessensunterschiede mit den USA orientieren sie sich im Kampf um weltweiten Einfluss und Ressourcen an der einzigen verbliebenen Supermacht.

Stoppt den Krieg gegen den Iran, bevor er beginnt

Die Medien sind voller Berichte über eine angebliche atomare Bedrohung durch den Iran und Spekulationen über die Notwendigkeit einer Militäraktion der USA. Diese Berichte erinnern an die Meldungen über „Massenvernichtungswaffen“ des Irak in den Monaten vor dem Irakkrieg. Heute ist bekannt, dass diese Meldungen erfunden wurden, um einen Angriffskrieg zu rechtfertigen.

Nun erleben wir ähnliche Berichte, um eine Militäraktion gegen den Iran zu rechtfertigen. Genau wie im Fall des Irak hält keine der Behauptung der US-Regierung einer unvoreingenommenen Prüfung stand. Iran hat sich, weit über die Anforderungen des Atomwaffensperrvertrags hinaus, den eindringlichsten Inspektionen unterworfen. Keine der Inspektionen erbrachte irgendwelche Beweise, dass der Iran ein Atomwaffenprogramm entwickelt.

Es gibt nur eine einzige Regierung, die Atomwaffen gegen zivile Bevölkerung eingesetzt hat, und gleichzeitig unterhält dieses Land das größte Lager an Massenvernichtungswaffen der Welt. Sollte nicht jede ernsthafte Diskussion über die Gefahren atomarer Waffen die Waffenbestände des Pentagon und die Geschichte der Aggressionen und Interventionen der USA mit einbeziehen?

Es ist entscheidend, dass sich jetzt alle Stimmen gegen einen neuen Krieg und die damit verbundenen Verwüstungen im Mittleren Osten erheben. Wir dringen auf ein unverzügliches Ende der vom Westen betriebenen Kampagne der Sanktionen, der Feindseligkeit und der arglistigen Täuschung gegen die Bevölkerung des Iran. Wir brauchen keine endlosen Kriege für imperiale Herrschaft.*

Wir brauchen eine deutsche Politik, die sich deutlich von der Kriegspropaganda gegen den Iran distanziert. Überflugrechte müssen verweigert und die US-Militärbasen in Deutschland gesperrt werden. Die Bundeswehr darf weder zum Einsatz kommen noch die Krieg führenden Parteien in anderen Regionen entlasten. Die deutschen Geheimdienste müssen ihre Zusammenarbeit mit den angreifenden Staaten einstellen.

18. März 2006, Aktionstag gegen Krieg und Besetzung zum dritten Jahrestag des Irakkrieges
Bonner Friedensbündnis, E-Mail kontakt@frieden-bonn.de, Webseite www.frieden-bonn.de, V.i.S.d.P.: B. Klagge, 53117 Bonn

* Der Text „Stoppt den Krieg gegen den Iran, bevor er beginnt“ basiert auf der internationalen Petition von Bishop Thomas Gumbleton, Ramsey Clark, George Galloway, Denis J. Halliday, Harold Pinter, Margarita Papandreou und anderen, siehe www.stopwaroniran.org